

DIREKT

Information der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund



Neubau einer Erstaufnahme?

DORTMUND. Dirk Goosmann, ordnungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, sieht noch viel Klärungsbedarf zum Neubau einer dauerhaften Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Huckarde. „Wir sind mehr als erstaunt, dass die Verwaltung uns diese fertigen Pläne so kurzfristig vorlegt. Es kann nicht sein, dass bei einem derart sensiblen Projekt die Politik so spät informiert wird.“ Die Verwaltung hat aufgezeigt, warum die Fläche in Huckarde aus ihrer Sicht für eine dauerhafte EAE besonders geeignet sein soll. Dafür sprechen die zeitnahe Verfügbarkeit der Fläche, das Fehlen von Altlasten und die gute Anbindung an den Stadtteil, ohne sensible Wohnbereiche zu berühren.

Erheblicher Klärungsbedarf

„Bevor wir uns aber für eine dauerhafte EAE entscheiden, gibt es noch erheblichen Klärungsbedarf“, findet Dirk Goosmann. „Selbstverständlich sind wir bereit, weiterhin unseren Beitrag zur Sicherstellung der Versorgung von Flüchtlingen zu leisten. Dies haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder eindrucksvoll bewiesen.“ Für die SPD-Ratsfraktion ist unabdingbar, dass der derzeitige Anrechnungsschlüssel auf die kommunale Unterbringung dauerhaft gesichert bleiben muss.

Ein Beirat ist unverzichtbar

„Unverzichtbar ist für uns auch die Einrichtung eines Beirates, um die Menschen vor Ort zu beteiligen und den Sachverstand von Politik einzubringen. Die von der Verwaltung angekündigte Bürgerversammlung bietet hier die erste Möglichkeit, sich einzubringen. Erst wenn alle Fragen eindeutig beantwortet sind, werden wir eine abschließende Entscheidung treffen können.“ erklärt Dirk Goosmann.



Ankommen in Dortmund

„Flüchtlinge in Dortmund – angekommen und jetzt?“ Unter dieser Überschrift haben die SPD-Ratsfraktion Dortmund und die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen mit Experten über die Herausforderungen bei der Integration der Menschen diskutiert, die in Dortmund eine neue Heimat finden möchten.

Windkraft ausbauen, aber auf Abstand

Bedenken ernst nehmen/ Flächen überprüfen

DORTMUND. Die Politik in Dortmund hat mit dem Masterplan Energiewende ein hervorragendes Instrument geschaffen, um die mit der Energiewende verbundenen Chancen für die Stadt zu nutzen. In dem Masterplan wird auch der Dortmunder Energiemix behandelt, also aus welchen Stromerzeugungsarten sich der Strom zusammensetzt.

Aktuell besteht dieser zu 5 Prozent aus erneuerbaren Energien. Um diesen Anteil deutlich zu erhöhen und die Ziele des Maserplans zu verfolgen, werden neue Windkraftanlagen im Stadtgebiet in Zukunft unerlässlich sein.

Die Verwaltung hatte verschiedene Konzentrationszonen für die Errichtung von Windkraftanlagen vorgeschlagen. Bei vereinzelt Flächen wurden durch Anwohner und Interessensgemeinschaften unter anderem Bedenken laut, die ausgewiesenen Konzentrationszonen könnten zu nahe zu einer Außenwohnbebauung liegen. Die SPD-Ratsfraktion hat die Ängste aufgegriffen und in den zuständigen Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen eingebracht.

„Für die SPD-Fraktion heißt Energiewende vor Ort: Chancen nutzen, Herausforderungen meistern und aktiv mitgestalten. Die SPD-Fraktion hat daher die Bedenken vieler Dortmunder aufgenommen und die Verwaltung mit einer Überprüfung der möglichen Windenergieflächen beauftragt. Unsere Ziele müssen eine Sicherstellung von Flächenpotentialen für die Windenergie und die Vereinbarkeit der Anlagen mit der Lebenssituation vor Ort

sein“, meint Monika Lührs, planungspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion.

Im Ausschuss hat die SPD-Ratsfraktion mit der CDU einen Antrag auf den Weg gebracht, das Plankonzept für Windkraftkonzentrationszonen zu überarbeiten. Nicht mehr der doppelte Abstand einer Anlage, 300 m, sondern der dreifache Abstand, 450 m, soll für die Prüfung von Flächen als Min-



Monika Lührs, planungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

destabstand einer Schutzzone im Außenbereich gelten. So sollen Zonen, ohne optisch bedrängende Wirkung gefunden werden.

„Uns sind neben der Rechtssicherheit für die Ausweisung von Flächen vor allem die Ängste der Menschen sehr wichtig. Die Energiewende soll nicht nur ökologisch und ökonomisch ausbalanciert gestaltet werden, sondern sich vor allem auch an der Lebenssituation der Bürger orientieren. Sonst wird sie in der breiten Bevölkerung nicht akzeptiert“, glaubt Monika Lührs, „in Dortmund befinden wir uns dabei auf einem guten Weg.“



Windräder erzeugen umweltfreundlichen Strom. Doch sie sollen nur in Zonen geplant werden, die mindestens 450 Meter von Wohnbebauung entfernt liegen.

Fotos: SPD

Dortmund wächst

Zur Trendwende fordert die SPD-Ratsfraktion ein Zukunftsprogramm für die Stadt

„Die Stadt Dortmund wächst seit einiger Zeit wieder und darüber freuen wir uns. Schon bald kann es gelingen, dass Dortmund wieder mehr als 600 000 Einwohner aufweisen kann“, weiß Norbert Schilff, dass diese Trendwende eine gute Nachricht ist.

DORTMUND. „Denn Dortmund wird nicht nur hinsichtlich der Bevölkerung größer, auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nimmt zu. Und genauso ist es auch bei den Studenten mit einem Zuwachs von 1 500 Personen pro Jahr“, rechnet der SPD-Fraktionsvorsitzende Vorsitzende vor und sagt: „Auf diesen Wachstumstrend müssen wir uns gut vorbereiten.“ Den Bevölkerungstrend, der sich in Dortmund seit 2010 wieder positiv entwickelt, möchte die SPD-Ratsfraktion gerne verstetigt sehen und die Stadt auf den Wachstumprozess gut vorbereiten. So

hat der Rat der Stadt einen Antrag der SPD-Ratsfraktion beschlossen und Handlungsaufträge an die Verwaltung formuliert. Die steigende Bevölkerungszahl soll zu einem Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit und des Standortmarketings werden.

Nordwärts-Projekt, verfügt die Verwaltung über hervorragende Grundlagen, um den demografischen Entwicklungsprozess in Dortmund zu steuern.

Die SPD-Ratsfraktion betrachtet den Dortmunder Wachstumsprozess als eine

Die SPD-Ratsfraktion erwartet, dass Bund und Land ihrer Verantwortung bei der Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen gerecht werden und Kommunen angemessen finanziell für die Erfüllung der Aufgaben aus diesem

Wachstumsprozess ausstatten. Norbert Schilff: „Wir halten die Erstellung eines Masterplanes Demografie zu nächst genauso entbehrlich wie die Einrichtung der Funktion

eines Demografie-Beauftragten in der Verwaltung.

Diese Instrumente haben in anderen Städten keine wesentlichen Ergebnisse gebracht. Vielmehr muss es kurzfristiges Ziel sein, dem Rat der Stadt in der zweiten Jahreshälfte ein dezernatsübergreifendes Zukunftsprogramm für die Stadt vorzulegen, dass dem Wachstumstrend in Dortmund flexibel Rechnung trägt.“

„Wir brauchen ein Zukunftskonzept, das dem Wachstum flexibel Rechnung trägt.“

Norbert Schilff, SPD Fraktionsvorsitzender



Alle Fachbereiche der Verwaltung sind aufgefordert, ihre Leistungen und Angebote zu überprüfen, auf die nächsten Jahre hin auszurichten sowie ihre fachpolitischen Entwicklungspläne fortzuschreiben.

Durch diverse Masterpläne und Beobachtungssysteme, insbesondere im Wohnungsbereich, Aktionspläne und Erkenntnisse aus durchgeführten Bürgerbeteiligungsprozessen wie aus dem

gesamstädtische Aufgabe. Ein zu erstellendes Zukunftskonzept könnte zuerst stadtteilorientiert in einzelnen Quartieren erprobt werden, um dann die Erfahrungen und Auswirkungen auf die gesamte Stadt zu übertragen.

Auch ein Modellversuch im Rahmen einer fachlichen/wissenschaftlichen Kooperation mit Hochschulen oder Forschungsinstituten wäre begrüßenswert.

SPD-Ratsfraktion sieht IHK-Themen gut platziert

B1-Tunnel, Ausbau der A45, Einführung des Rhein-Ruhr-Express und Ausbau des Kanals haben oberste Priorität

DORTMUND. Der Hauptgeschäftsführer der IHK zu Dortmund, Stefan Schreiber, war in der SPD-Ratsfraktion zu Gast und nahm zu aktuellen Schwerpunktthemen der IHK Stellung.

Er lobte die gute und intensive Kooperation mit der Stadt – insbesondere bei der Erarbeitung der zahlreichen Masterpläne und in vielen weiteren Arbeitskreisen.

Dortmund sei ein attraktiver Standort für neue Investitionen und verfüge über gute verkehrstechnische Rahmenbedingungen, erklärte Schreiber: „Die IHK bedauert, dass die Vorlage des neuen Bundesverkehrswegeplans erst zu Ostern erfolgt und somit wieder auf die lange Bank geschoben wurde.“



Verfolgen gemeinsame Ziele, nicht nur was die Verkehrsplanung und die Integration von Flüchtlingen angeht: (v.l.): Fraktionsgeschäftsführer Christian Uhr, Fraktionsvorsitzender Norbert Schilff, IHK-Hauptgeschäftsführer Stefan Schreiber und Ulrike Matzanke, Vorsitzende des Wirtschaftsförderungsausschusses.

Die Forderungen der IHK wie die Untertunnelung der B1, der längst fällige Ausbau der A45, die zügige Einführung des Rhein-Ruhr-

Expresses (RRX) sowie der Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals bis zum Rhein würden nach wie vor oberste Priorität genießen. An dieser Stelle ver-

deutlichte die SPD-Fraktion auch die Wichtigkeit des Weiterbaus der L663n und den Bau der „Nordspange“. Wie die SPD-Ratsfraktion fordert auch die IHK weiterhin die Einstufung des Dortmunder Flughafens zu einem landesbedeutsamen Flughafen bei der Aufstellung des Landesentwicklungsplanes.

Schreiber betonte, dass die konjunkturelle Lage in Dortmund anhaltend gut sei. Dies mache sich auch bei der überdurchschnittlich hohen Zahl der Berufsausbildungsverträge bemerkbar. Außerdem unterstützt die IHK die Bemühungen, den Dortmund-Konsens zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wieder zu beleben. Abschließend stellte Schreiber den

7-Punkte-Plan der IHK zur besseren Eingliederung der Flüchtlinge vor. Die eingetretene Situation könne eine große Chance zur Integration der schutzsuchenden Menschen in die Stadtgesellschaft sein. Wesentliche Voraussetzung hierfür sei jedoch ohne Wenn und Aber das Erlernen der deutschen Sprache und die kulturelle Einbindung.

„Das war ein sehr informativer Vortrag durch Stefan Schreiber in unserer Fraktion. Wir fühlen uns bestätigt, dass wir in vielen Themenfeldern übereinstimmen und im Sinne unserer Stadt das Beste erreichen wollen“, brachte die stellv. Fraktionsvorsitzende Ulrike Matzanke den Besuch von Stefan Schreiber auf den Punkt.



Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund Christian Uhr | Fraktionsgeschäftsführer Friedensplatz 1 | 44135 Dortmund Tel.: 0231-5024380 | Fax: 0231-579147 fraktion@spd-fraktion-dortmund.de www.spd-fraktion-dortmund.de

